

(Abgeordneter Kleinhempel.)

(A) mit in Kauf genommen haben, Herr Abgeordneter Günther, das ist klar.

(Abgeordneter Günther: Ich habe dagegen protestiert!)

Das waren wir den Beamten schuldig, und die Verhältnisse zwangen uns dazu. Welche Vorwürfe wären uns geworden, wenn wir mit leeren Händen nach Hause gekommen wären!

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Wir alle erkennen die Mängel an und sind bestrebt, sie zu bessern, und ich hoffe, daß es der Königlichen Staatsregierung gelingt, die Mängel, die noch vorhanden sind, zu beseitigen. Gewiß wäre es schöner gewesen, wenn wir Zeit gehabt hätten. Aber das eine möchte ich sagen: wenn nun ungünstige Zeitverhältnisse dazwischengekommen wären und die Regierung gesagt hätte: „Wir haben kein Geld mehr“ und wenn dann die Sache überhaupt abgelehnt worden wäre, hätten wir dann die Schuld auf uns nehmen wollen? Ob wir dann mit gutem Gewissen nach Hause hätten gehen können, das möchte ich sehr bezweifeln.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Und diese Möglichkeit lag sehr nahe; wir waren froh, daß wenigstens etwas zustande gebracht worden war.

(B) (Zuruf bei der Fortschrittlichen Volkspartei: Die Regierung brachte die Vorlage zu spät ein!)

Ja, meine Herren, Sie sehen, daß die Regierung zwei Jahre Zeit gehabt hatte, sich die Sache zu überlegen. Was würde erst dann werden, wenn der Landtag alljährlich tagte? Dann würde erst recht nicht darauf gerechnet werden können.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Es muß auch der Regierung Zeit gegönnt werden, damit sie Gelegenheit hat, ruhig nachzudenken und solche Sachen vorzubereiten.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Ich muß ganz offen bekennen: wenn ich an der Stelle der Regierung wäre, würde ich auch für eine Ablehnung sein; denn ich muß sagen: auch die Regierung muß eine gewisse Zeit haben, um die Sachen vorzubereiten.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren! Jetzt tagen wir aller zwei Jahre mindestens sechs, auch sieben Monate. Jetzt ist es doch so gewesen — ich bin nur vier Sessionen hier im Landtage —: wir haben innerhalb dieser acht Jahre sechs Winter in Dresden zugebracht, hatten also eigentlich alljährlich Landtag. Nach der Verfassung besteht die Möglichkeit, wenn etwas

vorkommt, einen außerordentlichen Landtag oder auch Zwischen-  
deputationen, wie es geschehen ist, einzuberufen. Also das, was gewünscht wird, besteht, streng genommen, schon.

Und wenn dann behauptet wird, daß der Landtag, wenn man alljährlich zusammenkommt, wesentlich kürzer würde, so, muß ich offen bekennen, teile ich diese Ansicht nicht.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. — Zurufe bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Es ist richtig, daß die Regierung uns nach Hause schicken kann, aber es würde auch als unfreundlich angesehen werden, wenn sie uns nach Hause schickte, sofern noch wichtige Sachen zu erledigen wären. Also ich meine, ich habe nicht viel Hoffnung, daß die Sessionen, wenn man alljährlich zusammenkommt, wesentlich kürzer werden.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

In der Hauptsache werden alle Petitionen wiederkehren. Sie können den Leuten nicht das vornehmste Recht, das sie im Petitionsrechte haben, beschneiden. Also das werden Sie auch nicht wollen. Die Anträge, die wir selbst stellen wollen — ich nehme keine Partei aus, es hat jede Partei dazu beigetragen, daß Anträge gestellt und Interpellationen eingebracht worden sind —, werden alle wiederkommen. Ob es allemal gut ist, wenn solche Anträge eingebracht werden, will ich dahingestellt sein lassen. Ich will nur das eine sagen: wir haben ja heute den Antrag Schmidt auf der Tagesordnung wegen des „Berliner Tageblattes“. Es wäre vielleicht besser gewesen, der Landtag wäre nicht einberufen worden, dann wäre der Antrag nicht gekommen.

(Weiterkeit.)

Genau auf demselben Standpunkte stehe ich in der Zaberger Angelegenheit. Diese wäre lange nicht so unangenehm geworden, wenn der Reichstag nicht zusammen gewesen wäre, sondern vorher genaue Feststellungen stattgefunden hätten.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. — Zurufe bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Ja natürlich!

Meine Herren! Das größte Bedenken habe ich aber um deswillen, weil ich mir sage: wenn Sie einjährige Perioden einführen, dann machen Sie es vielen unmöglich, eine Kandidatur anzunehmen, ganz abgesehen davon, ob der Betreffende wirklich gewählt wird oder nicht. Nicht bloß, daß es sich um Fabrikanten handelt, sondern auch um Kleingewerbetreibende, die wir ja auch im Landtage vertreten haben wollen, und auch um Beamte, nicht bloß um Staatsbeamte, sondern auch um Gemeindebeamte.